

## Das Anti-Israel-Plakat hängt wieder im HB – mit dem Segen der Richter

**Auf einem Leuchtplakat im Hauptbahnhof ruft eine Zürcher Soziologin zum Widerstand gegen Israel auf.**

**Von Ruedi Baumann**



Das umstrittene Plakat in der Sihlpost-Unterführung: 2009 von den SBB entfernt, heute erlaubt. Foto: Sophie Stieger

Zürich – Wo sonst für Unterwäsche und Appenzeller Käse geworben wird, fällt seit ein paar Tagen ein Plakat komplett aus dem Rahmen. In der Sihlpost-Unterführung hängt eine grosse Leuchttafel der Aktion Palästina-Solidarität, das klar israelkritisch ist. Heikelster Punkt des Plakats ist der Aufruf: «Unrecht verlangt Widerstand!» Zudem steht: «64 Jahre Unrecht an den Palästinensern.»

Dieses Plakat ist in der Tat aussergewöhnlich, weil es eine vierjährige juristische Vorgeschichte hat. Ähnliche Plakate wurden bereits 2008 aufgehängt zum 60-Jahr-Jubiläum der Staatsgründung Israels. «60 Jahre Vertreibung der Palästinenser – seit 60 Jahren bezahlen die Palästinenser für das Unrecht, das den Juden in Europa angetan wurde», stand damals auf den Plakaten. Diese wurden klaglos im Hauptbahnhof und unter anderem an der Tramhaltestelle Wollishofen aufgehängt.

Im März 2009 wurden Plakate im gleichen Wortlaut wie heute unter dem Titel «61 Jahre Israel» im HB platziert, von den SBB aber nach drei Tagen entfernt, nachdem sie auf den politisch brisanten Inhalt aufmerksam gemacht wurden. Die SBB argumentierten mit ihrem Werbe- und Benutzungsreglement, das religiöse Werbung sowie Botschaften zu aussenpolitisch brisanten Themen nicht gestattet. Die SBB wollten verhindern, hiess es, zum Ziel politisch motivierter Aktionen zu werden.

### Die Rolle des Statthalters

Pikant an der Plakatenfernung von 2009 ist, dass der langjährige SP-Kantonsrat Hartmuth Attenhofer gegenüber der NZZ sagte, die Plakate könne man «als Aufruf zur Gewalt verstehen». Zudem evoziere die verwendete Terminologie «die Eliminierung Israels». Einerseits ist Attenhofer Präsident der Gesellschaft Schweiz-Israel, andererseits wurde er anderthalb Monate vor dieser Äusserung zum Zürcher Statthalter gewählt. Sein Amt trat er allerdings erst später an.

Verfasst und aus eigenem Sack bezahlt hatte diese Plakate die 68-jährige Zürcher Soziologin und Ethnologin Verena Tobler Linder. Sie liess sich von der Begründung der SBB nicht ins Bockshorn jagen, schliesslich seien auf den Bahnhöfen auch Plakate gegen Minarette erlaubt. Auch solche für ein freies Tibet waren überall in Zürich zu sehen. Das Verfahren gegen die SBB-Zensur wurde Tobler von ihrem Mann geschenkt, dem bekannten Berner Politologie-Professor Wolf Linder. Sie bekam vor Bundesverwaltungsgericht Recht und – nachdem die SBB den Fall weiterzogen – im letzten August auch

vor Bundesgericht.

Argument des Bundesgerichts: Bahnhöfe gelten als öffentlicher Raum, und die SBB sind an die Meinungsfreiheit gebunden. Zwischen brisanten innenpolitischen und heiklen aussenpolitischen Themen gebe es keinen Unterschied; ein Verbot von aussenpolitischen Plakaten käme einer Zensur gleich. Das Plakat enthalte zwar eine kämpferische Aussage, rufe aber weder zu Gewalt noch zu sonstigen strafbaren Handlungen auf.

Verena Tobler wurde nach diesem Urteil bedroht. Ein Unbekannter hatte ihr eine Gewehrpatrone und den Text «Überlegen Sie sich Ihr weiteres Vorgehen gut!» in den Briefkasten gelegt. Trotzdem hat sie das Plakat von einem Grafiker anpassen lassen und nun in einfacher Ausführung für zwei Wochen im HB geschaltet. Kostenpunkt: 1000 Franken. «Ich bin keine Antisemitin. Ich nehme Anstoss daran, dass Israel täglich das Völkerrecht bricht und sich um alle UNO-Resolutionen foutiert», sagt sie.

Bei den SBB sagt Sprecherin Lea Meyer: «Bisher haben wir keine Reaktionen auf das Plakat erhalten.» Die SBB hätten ihr Reglement noch nicht angepasst, würden dem Bundesgerichtsentscheid aber schon heute gerecht. Bei den Verkehrsbetrieben der Stadt Zürich gilt gemäss Sprecherin Daniela Tobler trotz dieses Urteils seit vielen Jahren unverändert die Bestimmung, dass «Werbung politischer Natur» auf VBZ-Werbeflächen ausgeschlossen ist.

Dicke Luft herrscht derzeit zwischen der Gesellschaft Schweiz-Israel (GSI) mit Hartmuth Attenhofer an der Spitze und der Gesellschaft Schweiz-Palästina (GSP) mit dem grünen Nationalrat Daniel Vischer als Präsident. Die GSI wirft Verena Tobler vor, mit einem einzigen Plakat einen Rummel zu inszenieren. Zudem wehrt sich Attenhofer gegen die Behauptung auf der GSP-Website, er missbrauche sein Amt als Statthalter; seit seinem Amtsantritt würden in Zürich keine israelkritischen Plakate mehr aufgehängt. «Das ist Rufmord», sagt Attenhofer, «der Statthalter befasst sich nicht mit dem Inhalt von Plakaten.»